A2NEU Gesundheit und Pflege

Antragsteller*in: Markus Heurung (Bad Kissingen KV)

Text

Wir müssen uns kümmern – aktive Politik für Gesundheit und Pflege

In den letzten Jahren hat sich die Gesundheitsversorgung in unserem Kreis deutlich verschlechtert. Wesentlich dafür sind die Rahmenbedingungen, die im Bund gesetzt werden und die einen immer stärkeren Rückzug des Angebots aus der Fläche fördern. Im Landkreis gibt es keine Geburtsklinik mehr, was sich mittelfristig auch negativ auch auf das Angebot an Nachsorgehebammen auswirken wird. Der kinderärztliche Bereitschaftsdienst ist mittlerweile in Schweinfurt konzentriert. Rund um die Uhr steht nur noch die Notfallambulanz im St. Elisabeth-Krankenhaus in Bad Kissingen zur Verfügung, bis 21 Uhr ergänzt durch den allgemeinen ärztlichen Bereitschaftsdienst. Die Gewinnung von Ärzten für den notärztlichen Rettungsdienst wird immer schwieriger. Mehr als jeder zweite Hausarzt im Landkreis Bad Kissingen ist älter als 60 Jahre, bei den Fachärzten sieht es nicht besser aus. In wenigen Jahren werden wir vor erheblichen Versorgungsproblemen stehen. Und das bei einer älter werdenden, weniger mobilen Bevölkerung.

Mit dem Verkauf der kommunalen Kliniken hat der Landkreis auf wesentliche Handlungsmöglichkeiten im Bereich Gesundheitsversorgung verzichtet. Aber auch die Förderung als GesundheitsregionPlus wurde bisher nicht genutzt, um mit den Mitteln des Landkreises gegen zu steuern.

- Der Landkreis muss eine aktive Rolle in der Gesundheitsprävention übernehmen und ein Netzwerk mit Krankenkassen, Klinikbetreibern, Kassenärztlicher Vereinigung, Rettungsdiensten, Pflegediensten, nichtärztlichen Gesundheitsakteuren wie Physiotherapeuten zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung aufbauen.

- Die Werbung um Praxisnachfolger muss Chefsache im Landratsamt werden. Vorbild ist hier der Landkreis Haßberge, der sich bereits seit Jahren aktiv für die Gewinnung von Nachwuchs für die Praxen engagiert.

- Wir brauchen ein Konzept für die Versorgung mit Hebammen und müssen die dafür bereit stehenden Landesmittel aktiv für unsere Hebammen und jungen Mütter abrufen.

- Wir müssen neue Versorgungsformen entwickeln, zum Beispiel die aufsuchende Versorgung chronisch kranker, immobiler Patientinnen und Patienten durch nichtärztliches Personal oder der „Medibus“, der in Nordhessen als rollende Arztpraxis unterwegs ist.

- Um pflegende Angehörige zu entlasten, sind Plätze für Kurzzeit- und Verhinderungspflege unverzichtbar. Auch wenn diese von den Pflegekassen nur unzureichend vergütet werden, werden wir sicherstellen, dass dieses

Angebot in den Alten- und Pflegeeinrichtungen der Carl-von-Hess'schen Stiftung bedarfsgerecht erhalten und erforderlichenfalls ausgebaut wird.

- Wir werden mit den ambulanten Pflegediensten, den Pflegeeinrichtungen sowie Gemeinden, Bürgerinnen und Bürgern ein Pflegekonzept erarbeiten, um zusätzliche Bedarfe frühzeitig festzustellen und darauf zu reagieren, etwa im Bereich der Tagespflege und der weiteren Unterstützung pflegender Angehöriger.

- Das Thema Gesundheit muss institutionalisiert werden, es muss Personalressourcen geben und es muss eine Professionalisierung bei der Verantwortung vor Ort stattfinden.

- Gesundheitsversorgung muss gemeindeübergreifend koordiniert werden. Dazu muss eine eigene Stelle im Landratsamt geschaffen werden, die die Vernetzung der Bedürfnisse und Angebote bündelt und systematisiert aufbaut.

- Die Erreichbarkeit der Angebote muss als wichtiges Qualitätsmerkmal berücksichtigt werden und auch im Entlassungsmanagment berücksichtigt werden. Es darf nicht passieren, dass Menschen nach der Entlassung vor dem Krankenhaus stehen und nicht wissen, wie sie nach Hause kommen

- Der Landkreis muss die der Bedürfnisse von Menschen auf dem Land selbstbewusst formulieren. Als Beitragszahlerinnen und Beitragszahler haben wir Anspruch auf eine qualitative Gesundheitsversorgung. Bei der Frage, was Qualität bedeutet, muss die Landbevölkerung mitreden dürfen.

- Es soll im Landkreis ein Kinderbetreuungsangebot für Schichtdienste geschaffen werden, um Familie und Pflegeberufe besser vereinbar zu machen.

- Miniangebote (25%-Stellen etc. um frustriere Leute in den Beruf zurück zu bringen)